# nr. 3 - mai/juni 2017 CCE müllerstraße

<u>Seite 3:</u> Workshop Verkehrskonzept Brüsseler Kiez <u>Seite 7:</u> Spielhallen bleiben uns noch bis 2018 <u>Seite 8:</u> Ratten auf Spielplätzen – was tun? <u>Seite 11:</u> Zieht himmelbeet auf den Leopoldplatz?



Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos. Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

# Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



# Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 12. Juni 2017. Unsere letzte Rätselecke zeigte die Kutsche in der Tegeler Straße 29–30. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewinner ist diesmal Daniela Presch . Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

# Bundesrat entschärft »Urbanes Gebiet«

Auch Sportplätze dürfen künftig lauter sein

Der Bundesrat hat am 31. März dem Gesetzesentwurf des Bundestags zur Einführung »Urbaner Gebiete« als eine neue Kategorie im Baurecht weitgehend zugestimmt. Eine kleine, aber feine Änderung wurde allerdings vorgenommen: So darf im neuen »Urbanen Gebiet« nachts zwischen 22 und 6 Uhr der Geräuschpegel außerhalb der Gebäude im Allgemeinen nicht höher als 45 Dezibel (dB) sein – der Entwurf des Bundestages hatte noch 48 dB vorgesehen. In allgemeinen Wohngebieten gilt nachts die Grenze von 40 dB, in Mischgebieten von 45 dB, in Gewerbegebieten von 50 dB, wobei einzelne Spitzenwerte bis zu 20 dB höher sein dürfen. Unverändert übernommen hat der Bundesrat die Grenzwerte am Tage: Hier gelten künftig im »Urbanen Gebiet« 63 dB als vertretbar - in Mischgebieten sind 60 dB und in Gewerbegebieten 65 dB zulässig.

Mit Hilfe der neuen Kategorie des »Urbanen Gebiets« soll der Wohnungsbau in hochverdichteten innerstädtischen Quartieren erleichtert werden. So ist zum Beispiel denkbar, dass es mit Hilfe der neuen Kategorie leichter fallen wird, zum Beispiel auch auf Grundstücken mit großen Lebensmittelmärkten Wohnungen zu errichten und dabei die Parkplätze in Tiefgaragen zu verlagern. Denn dann brummen die Kühlaggregate der Liefer-LKW ja in unmittelbarer Nähe der Wohnungen und erreichen dabei oft Werte im kritischen Bereich. Um »Urbane Gebiete« einzurichten, müssen die Bezirke Bebauungspläne für die betroffenen Grundstücke erstellen oder überarbeiten.

Geändert werden jetzt ebenfalls die Grenzwerte für den Lärm von Sportanlagen. Der darf künftig in den Abendstunden sowie in den Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen um fünf Dezibel lauter bei benachbarten Wohnhäusern ankommen als bislang. Auch hier hatte der Bundesrat einer Erhöhung der nächtlichen Grenzwerte widersprochen. Die Bundesregierung hat am 12. April die Änderungen des Bundesrats in eine neue Vorlage für den Bundestag übernommen.

# **Termine**

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 23. Mai 2017, 17 Uhr, Schiller-Bibliothek, Versammlungsraum

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft

Mittwoch, 7. Juni 7.30 Uhr, Ort: bitte erfragen unter Telefon (030) 88 59 14 36, www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller

An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr in der Volkshochschule, Antonstraße 37

Sprechstunde der Stadtteilvertretung mo 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

# <u>ecke im Netz</u>

Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

<u>Die nächste Ausgabe</u> erscheint Mitte Juni

<u>Das Titelbild dieser Ausgabe</u> zeigt eine Kunstaktion auf dem Dach des Karstadt (siehe S. 11)

# **Impressum**

<u>Herausgeber:</u> Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt <u>Redaktion:</u> Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:

»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

<u>Druck:</u> BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
www.berliner-zeitungsdruck.de

<u>V.i.S.d.P.:</u> Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

# Verkehrskonzept in Arbeit

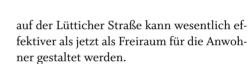
Beim Workshop im Cittipoint nahmen die Planer viele Anregungen mit

Für den Brüsseler Kiez wird gerade ein »integriertes Verkehrs- und Freiraumkonzept Nebenstraßen« ausgearbeitet, das dem Bezirk in den nächsten Jahren und Jahrzehnten als Handlungsgrundlage dienen soll. Gleich drei Planungsbüros sind damit beschäftigt: Hoffmann-Leichter, Gruppe Planwerk sowie Fugmann und Janotta. Auch viele Anwohner wurden in einem gut besuchten Workshop am 9. Mai im ersten Stock des »Cittipoint« an diesem Vorhaben beteiligt.

Im Vorfeld hatte am 5. April bereits ein gemeinsamer Rundgang im Brüsseler Kiez stattgefunden, bei dem einzelne Problemfelder identifiziert worden waren. Jetzt sollten die Verkehrs- und Landschaftsplaner Lösungsvorschläge machen. Die waren noch recht grob, die Resonanz der Anwohner soll ja im weiteren Verfahren noch eingearbeitet werden. Insgesamt sechs Handlungsfelder wurden identifiziert und vorgestellt:

So schlagen die Planer vor, zum einen die Fahrbahnen der Trift-, der Genter und der Tegeler Straße deutlich zu verengen. Deren jetzige Breite verleite dazu, schnell zu fahren und sie als Schleichweg zur Umgehung der Staus zu gebrauchen. Weiterhin sollen zum Zweiten praktisch alle Kreuzungen im Gebiet neu gestaltet werden: Teilweise bieten sie kaum Übersicht - auch weil sie häufig zugeparkt sind - und sind deshalb Gefahrenstellen vor allem für Kinder und ältere Mitbürger. Deshalb werden hier dringend Querungshilfen benötigt. Mehrere Varianten sind denkbar: von der einfachen Abpollerung der Randbereiche bis hin zur Anhebung des gesamten Kreuzung.

Eine Besonderheit des Brüsseler Kiezes sind darüber hinaus die breiten Promenaden, die sich allerdings nicht in einem guten Zustand befinden. Die Planer schlagen vor, den Mittelstreifen der Antwerpener Straße als Fußweg zu qualifizieren und Barrieren auf ihm zu entfernen. Auch die andere Promenade



Als »Hotspot« des Gebietes bezeichneten die Planer den Bereich um den Zeppelinplatz und die Limburger Straße. Dort schlagen sie vor, besonders intensiv vorzugehen und denken zum Beispiel auch daran, einen verkehrsberuhigten Bereich einzurichten. Und schließlich ist noch der Campus der Beuth-Hochschule zur berücksichtigen, der zwar formal Privatgelände ist, aber dennoch auch für die lokalen Wegeverbindungen eine wichtige Rolle spielt. Die Hochschule kooperiert deshalb gern und will z.B. den ruhenden Verkehr von der Limburger Straße weitgehend verbannen und die Verbindung zwischen Antwerpener und Tegeler Straße über ihren Campus hinweg stärken.

Einige Anwohner waren mit der Identifizierung der Limburger Straße als »Hotspot« nicht einverstanden, sondern sahen viel eher die Kreuzung von Antwerpener und Brüsseler Straße als Zentrum des Kiezes. Aus ihrer Perspektive heraus haben sie sicher recht - allerdings sehen das die vielen Besucher der Beuth-Hochschule, des Jobcenters, des Rathauses und der Bibliothek etwas anders. Die Planer wollen das grüne »Bildungsband« über die Limburger und Nazarethkirchstraße stärken. Die Stadtteilvertretung mensch.müller, die deshalb schon seit Jahren eine zusätzliche Ampel über die Müllerstraße fordert, wird das sicher gerne vernommen haben.

Eine Markierung von Radwegen durch das Gebiet ist nach der derzeitigen Gesetzeslage nicht möglich, musste man weiterhin vernehmen. Denn in Tempo-30-Zonen schließt das die Straßenverkehrsordnung aus. Das gilt allerdings nicht für »Fahrradstraßen«, auf denen Radfahrer das Vorrecht haben und beispielsweise auch nebeneinander fahren können und der motorisierte Verkehr nur ausnahmsweise als Anliegerverkehr zugelassen ist. Auch weil ein Radstreifen auf der Müllerstraße, wenn er denn irgendwann

das die Straßenverkehrsordnung aus. Das gilt allerdings nicht für »Fahrradstraßen«, auf denen Radfahrer das Vorrecht haben und beispielsweise auch nebeneinander fahren können und der motorisierte Verkehr nur ausnahmsweise als Anliegerverkehr zugelassen ist. Auch weil ein Radstreifen auf der Müllerstraße, wenn er denn irgendwann eingerichtet wird, wohl kaum größere Mengen an Radfahrern aufnehmen kann, gibt es die Forderung, die Trift-, Tegeler und Antwerpener Straße als Fahrradstraßen auszuweisen. Über diese Straßen könnten künftig wichtige Radfahrverbindungen zwischen dem historischen Zentrum bzw. Tegel verlaufen. Im Wedding ist zudem das Fahrradaufkommen noch lange nicht so stark wie etwa in Kreuzberg oder Friedrichshain, entwickelt sich aber deutlich in diese Richtung. Um die ehrgeizigen Pläne des Senats zur Steigerung des Anteils des Radverkehrs zu erreichen, bräuchte man leistungsfähige Fahrradrouten auch in diesem Teil des Bezirks, so wurde argumentiert.

Und schließlich gibt es da auch noch die Diskussion um die Parkraumbewirtschaftung. Allem Anschein nach wird sie für den Brüsseler Kiez kommen – aus der Sicht der Fachleute jedenfalls spricht alles dafür. Denn wenn es gelänge, die motorisierten Pendler aus dem Gebiet herauszuhalten, würde sich die Parkraumsituation dort deutlich entspannen. Zudem wären dann auch deutlich mehr Kontrollen unterwegs, die bei der Durchsetzung von Verkehrsregelungen hilfreich wären.

# Leserecke

betr.: Journalistische Grundsätze

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich lese gerne und regelmäßig »Ecke Müllerstraße«; ihre Reaktion auf die Zuschrift von Herrn Markus Butz veranlasst mich nun allerdings auch zu einer kritischen Anmerkung: Es gibt viele interessante Hinweise in Ihrem Magazin, aber schon einige Male habe ich mich über allzu tendenziöse Artikel gewundert oder geärgert. Die patzige Antwort der Chefredakteurin (!) auf eine sehr sachlich gehaltene Leserzuschrift macht mich sprachlos und bezeugt nebenbei mangelnde Kenntnisse journalistischer Grundsätze.

Auch ein anderer Autor hat schon seine Meinung – entgegen gründlicher Gutachtermeinung – als vermeintlich einzig richtige Beurteilung dargestellt – ich denke da z.B. an die Artikel zu der Fußgängerbrücke zwischen Jobcenter und Rathaus, die zwei massive Bauwerke zu einem gefälligen Ensemble verbindet. Der Autor votierte mit konstruierten Argumenten heftigst für einen Abriss und wähnte sogar den (verstorbenen) Architekten auf seiner Seite, der die lichte Fußgängerbrücke, der er ja aus gutem Gestaltungsgrund auflockernd konzipiert hatte, heute selber abgerissen haben würde.

Ich meine, derartige Meinungsmache geht in diesem subventionierten Blatt einfach zu weit und gehört allenfalls in eine so gekennzeichnete Meinungs- und Leserecke! Es wäre dem ansonsten informativen Blatt

zu wünschen, dass die Redaktion sich nicht vergaloppiert und auch andere (Leser)Meinungen gelten lassen kann.

Mit einem freundlichen Gruß Rita Breuer

Anmerkung der Redaktion: Der Text »Falsch verstandener Denkmalschutz – Warum die ›Beamtenlaufbahn‹ weg kann« erschien in der ecke müllerstraße 2/2016 auf Seite 4 und war deutlich als Kommentar gekennzeichnet.



# »Beamtenlaufbahn« stört Bauablauf

Baufahrzeuge rollen jetzt am »Simit Evi« vorbei

Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts der Neugestaltung des künftigen Elise-und-Otto-Hampel-Platzes wird sich weiter verzögern. Denn behelfsmäßig muss die Zufahrt zum zweiten Bauabschnitt direkt neben dem Rathaus Wedding nun über den eigentlich schon fertigen Platzteil vor dem Jobcenter geführt werden. Der inzwischen funktionslose Übergang zwischen dem Gebäude des Jobcenters und dem Rathaus Wedding, im Volksmund »Beamtenlaufbahn« genannt, ist den Baufahrzeugen im Wege.

Eine Baufirma hatte eine provisorische Absenkung der ehemaligen Limburger Straße unter diesem Brückenbau angeregt, damit die Baufahrzeuge unter ihr hindurch passen. Das ist aber nicht möglich, weil dort die Kanalisation verläuft, die den gesamten vorderen Platzteil entwässert. Die Zufahrt zur Baustelle muss aber über die Genter Straße erfolgen, damit der Verkehrsfluss auf der Müllerstraße nicht beeinträchtigt wird.

Eigentlich hätte der erste Bauabschnitt auf dem vorderen Platzteil bereits im letzten Sommer fertig gestellt werden sollen – Probleme mit der Entwässerung hatten die Arbeiten aber verzögert. Darunter litt insbesondere das Café »Simit Evi«, dessen Außengarten die ganze Zeit über nur sehr eingeschränkt nutzbar war. Inzwischen ist dieser zwar wieder an alter Stelle vorhanden – die nahe Baustellenatmosphäre stört aber natürlich trotzdem.

Die »Beamtenlaufbahn« sollte nach dem Willen des Bezirks Mitte eigentlich abgerissen werden, da sie dem Sanierungsziel einer stärkeren städtebaulichen Anbindung der Beuth-Hochschule an die Müllerstraße im Wege ist und die Sichtachse der Limburger Straße unterbricht. Auch die Stadtteilvertretung mensch.müller hat sich deshalb schon lange für den Abriss ausgesprochen. Einen entsprechenden Beschluss hat das Bezirksamt am 2. Juni 2015 gefasst. Allerdings sollte dafür der Eigentümer des denkmalgeschützten Büroturmes in der Platzmitte, die BIM, die Kosten übernehmen. Zwar wäre es auch möglich gewesen, rechtzeitig Mittel aus dem Förderprogramm »Aktive Zentren« zu beantragen, aus dem die Neugestaltung des Platzes finanziert wird. Das ist jedoch nicht geschehen.

Bedenken gegen den Abriss kamen vor allem aus dem Bereich des Denkmalschutzes – immerhin ist der Architekt Fritz Bornemann einer der bedeutendsten Architekten der Westberliner Nachkriegsmoderne (u.a. Deutsche Oper, Amerika-Gedenkbibliothek, Freie Volksbühne, Ethnologisches Museum, sehr empfehlenswert ist auch eine Besichtigung der Dankeskirche auf dem Weddingplatz). Bornemann hatte den Übergang als Verbindungsgang zwischen dem Rathaus-Altbau und Rathaus-Neubau konzipiert. cs

# Eckensteher

# Glasnost auf der Straßenecke

Über schlummernde Informationen, mangelnde Informationskultur und Transparenz der Verwaltung

Bei uns um die Ecke wird gebaut. Das ist für Berliner Verhältnisse keine ungewöhnliche Aussage, vor allem nicht in Berlin-Mitte. Dennoch wüsste ich einfach gerne, wie lange der Gehweg vor dem Neubau noch gesperrt bleibt und mich als Fußgänger auf die andere Straßenseite und zu größeren Umwegen zwingt. Wenn ich zum Beispiel bei der Sparkasse Geld holen will, muss ich statt einer gleich drei Ampeln überqueren. Für den Eisladen wären es sogar vier Ampeln statt gar keiner. Das macht ihn für die Kinder aus der Kita unten in unserem Haus praktisch unerreichbar. Dieser Neubau entsteht nämlich an einer Ecke, wo zwei Hauptverkehrsstraßen aufeinandertreffen. Das macht ihn so lästig.

Im Internet findet man nur eine Karte der Baustellen, die die »Verkehrsinformationszentrale Berlin« (VIZ) für erwähnenswert hält. Dafür müssen sie sich direkt auf Hauptstraßen befinden und dort den Verkehrsfluss beeinträchtigen. Die Sperrung des Bürgersteigs zählt dabei nicht. Das ist aber keine Diskriminierung der Fußgänger, sondern liegt in Wirklichkeit an der zweistufigen Berliner Verwaltung: Für die Sperrung der Bürgersteige ist nicht der Senat, sondern der Bezirk zuständig. Und in die »Verkehrslagekarte« der VIZ gehen eben nur die Informationen ein, die ihr von der »Verkehrslenkung Berlin« des Senats zur Verfügung gestellt werden. Deshalb erfahre

ich auf ihr auch nicht, wann das Loch direkt vor meinem Haus, das zum Glück in einer Nebenstraße liegt, endlich zugeschüttet wird. Die Wasserbetriebe machen da irgendwas.

Der Bezirk dagegen veröffentlicht im Netz nicht, wo er und für wie lange er die Einrichtungen von Baustellen genehmigt, die dafür öffentliches Straßenland in Beschlag nehmen. Zwar müsste er es wissen, denn solche Sondernutzungen bearbeitet er ja täglich. Irgendwo in den Tiefen seiner Computersysteme schlummern die Informationen deshalb garantiert bereits in digitaler Form vor sich hin. Man müsste sie eigentlich nur mit einem geeigneten Programm auf einer digitalen Landkarte veröffentlichen – und schon könnten alle erfahren, was da vor ihrer Tür gerade vor sich geht.

So stelle ich mir das jedenfalls vor. Ich will ja keine Umstände machen. Ich will ja einfach nur wissen, wie lange die Baustelle um die Ecke noch den Bürgersteig blockiert. Ohne dafür das Informationsfreiheitsgesetz bemühen zu müssen, das mir als Bürger das Recht zugesteht, in die Akten der Verwaltung Einsicht zu nehmen. Ich habe ja auch eigentlich nichts von dem Wissen, denn die Absperrung wird dadurch natürlich keine Sekunde früher verschwinden. Es geht mir vielmehr um so etwas wie Informationskultur: Ich werde durch einen mutmaßlich gerechtfertigten Verwaltungsakt in meiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt und will einfach und ohne große Umstände erfahren dürfen, was hier eigentlich passiert und wie lange das noch so geht.

Ein berühmter Russe hat ein ähnliches Ansinnen vor rund 30 Jahren übrigens mal »Glasnost« genannt. Dabei ging es ihm sicherlich um Größeres. Aber meine Befürchtung ist die: So lange es nicht mal gelingt, Transparenz auch im Kleinen herzustellen, so lange ist die Offenheit und Transparenz auch im Großen durchaus gefährdet. cs

# Bildecke





# Soziale Sanierungsziele – gern, aber wie?

Das hört sich erst mal gut an: die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen regt die Bezirke an, in den acht Berliner Sanierungsgebieten Ziele für eine sozialverträgliche Stadterneuerung zu formulieren. Dazu gibt es ein Rundschreiben der Senatsverwaltung an die Bezirksämter, in dem einige Eckpunkte für soziale Sanierungsziele formuliert sind, die »im Jahr 2016 unter Beteiligung der Bezirke entwickelt« wurden.

Dazu werden u.a. eine »bedarfsorientierte Wohnungsversorgung« sowie die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und »einkommensgerechten Angeboten nach konkreten gebietsspezifischen Erfordernissen« aufgeführt. Die Rede ist vom Erhalt der sozialen Mischung, von Vernetzung, Kiezbildung, sozial gemischten Nachbarschaften, von der Berücksichtigung funktionaler Bedarfe sowie dem Erhalt von »Nischensituationen« – sofern sie nicht städtebaulichen Belangen entgegenstehen.

Das alles hört sich ganz sympathisch an. Aber was bedeutet es kon-

Die Bezirke und ihre Verwaltungen würden allesamt gern soziale Sanierungsziele umsetzen. Die Frage ist nur, wie.

Beispiel Mitte, Nördliche Luisenstadt. Hier hat die Betroffenenvertretung mal ein paar wichtige Forderungen formuliert. Die wichtigsten sind aus Sicht der BV: Verhinderung weiterer teurer »Mikro-Apartments« (die der Schaffung von vernünftigen und preiswerten Wohnungen entgegenstehen) sowie Schaffung von 30% kostengünstigen Wohnraums, gemessen am Gesamtvolumen aller Bauvorhaben – also auch privater.

Diesen Forderungen kann die Sanierungsverwaltung des Bezirks sofort zustimmen. Es gibt lediglich ein Problem: Ihr fehlen bislang leider die rechtlichen Grundlagen, um solche Ziele auch bei privaten Bauvorhaben um- und durchzusetzen.

So sieht es derzeit in allen Sanierungsgebieten aus. Fragt man die Sanierungsbeteiligten in den Bezirken nach sozialen Sanierungszielen, sieht man vor allem große Ratlosigkeit. Man würde solche Ziele liebend gern verankern – doch wie sie in der Praxis juristisch sicher durchzusetzen sein sollen, weiß niemand. Vielleicht schafft ja ein Workshop, den die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen dieser Tage mit Sanierungsbeteiligten durchführen wird, mehr Klarheit. Aber auch das ist eher fraglich. Denn um soziale Sanierungsziele auch durchsetzen zu können, braucht es weit mehr als nur gute Ideen.

# Ein Rückblick in die 90er Jahre

Denn Berlin hat durchaus Erfahrungen mit sozialen Sanierungszielen. Bis Ende der 90er Jahre waren sie Bestandteil jeder Sanierungssatzung, die für ein Gebiet erlassen wurde. Insbesondere im Ostteil der Stadt spielten sie nach der Wende eine große Rolle, galt es doch, Luxussanierungen und flächendeckende Verdrängung zu verhindern. So wurden u.a. Mietobergrenzen festgesetzt. Und weil es damals auch noch Förderprogramme für Privatsanierungen gab, konnten Maßnahmen zum Mieterschutz getroffen werden: Wer als Privateigentümer sein Haus mithilfe öffentlicher Fördermittel sanierte, wurde im Gegenzug auch dazu verpflichtet, die Mieten für einen Zeitraum von meist 15 Jahren auf einen festgelegten Betrag zu begrenzen. Für sanierungsbetroffene Mieter wurden kostenlose Mieterberatungen, Sozialplanverfahren und Umsetzwohnungen angeboten.

Ein Hamburger Großinvestor nannte all das damals einmal – spöttisch wie siegesgewiss – »postsozialistische Einbahnstraßen«. Er sollte Oberwasser behalten: Ab Ende der 1990er Jahre kippte der damalige Senat erst die Wohnungsbauförderung, womit die wichtigsten Steuerungsinstrumente zum Schutz von Mietern wegfielen. Dann fiel auch die Mietobergrenze für Berliner Sanierungsgebiete – die Gerichte hielten sie nach Eigentümerklagen sowohl für zeitlich überzogen als auch für eine zu starke Einschränkung der Eigentümerrechte. Und auch das damalige Zweckentfremdungsverbot, das die Umwandlung von Wohn- zu Gewerberaum unterband, wurde aufgrund einer Eigentümerklage vom Gericht für unzulässig erklärt: schließlich gebe es doch genug leerstehenden Wohnraum. Gleichzeitig veräußerte das Land Berlin aufgrund seines immensen Schuldenbergs einen guten Teil seines kommunalen Wohnungsbestandes.

Et voilá: In dieser Kombination waren die sozialen Sanierungsziele damals beerdigt. Den Bezirken, die versucht hatten, sie vor den Gerichten durchzufechten, ist das natürlich noch gut im Gedächtnis. Und natürlich fragen sie zu Recht, auf welcher juristischen Grundlage sie eigentlich neue soziale Sanierungsziele durchsetzen sollen und können.

# Darlehensförderung? – »Die Investoren haben selbst genug Geld«

Womit also, fragen sich viele Sanierungsbeteiligte, könnte man in Zeiten großer Wohnungsnot Privatinvestoren dazu bringen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen? Finanzielle Anreize? Die derzeitige Neubauförderung über Darlehen sei völlig unattraktiv, um preiswerten Wohnraum zu schaffen – das sagt jemand, der selbst ein Sanierungsgebiet betreut: »Die jetzt agierenden Investoren haben meist selbst so viel Geld, dass das nicht zieht.« Und Mikro-Apartments beispielsweise lassen sich nur verhindern, wenn man die Bauordnung ändert oder die gesetzlichen Vorschriften für Genehmigungsverfahren. Ehemals kommunale Wohnungsbestände zurückzukaufen, würde richtig teuer – schließlich sind die Grundstückspreise seit Anfang der 2000er Jahre um ein Vielfaches gestiegen. Die Büchse der Pandora ist ja längst geöffnet.

Um rechtskräftig in Eigentumsfragen einzugreifen, bedürfte es also wirklich starker Instrumente. Die Ergebnisse des Senatsworkshops dürften in dieser Hinsicht interessant sein – immerhin haben sich der neue rot-rot-grüne Senat und vor allem die zuständige Senatorin Katrin Lompscher auf die Flagge geschrieben, sich um das Problem mangelnden bezahlbaren Wohnraums zu kümmern und der Meterverdrängung entgegenzuwirken.

# Spielhallen verschwinden erst 2018

Demnächst werden die neuen Betriebserlaubnisse ausgelost

Das Jahr 2017 wird verstreichen, bevor viele Spielhallen hoffentlich aus dem Straßenbild des Bezirks Mitte verschwinden. Das »Berliner Spielhallengesetz« fordert u.a. einen Mindestabstand von 500 Metern zwischen ihnen, was vor allem im Wedding und in Moabit zur Schließung der meisten Spielcasinos führen sollte. In diesem Jahr aber wird es noch nicht dazu kommen. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel rechnet erst 2018 mit einem deutlichen Rückgang.

Zwar verloren die Spielhallenbetreiber bislang alle Gerichtsverfahren gegen das Berliner Spielhallengesetz - in letzter Instanz im Januar 2017 vor dem Bundesverwaltungsgericht und im April auch vor dem Bundesverfassungsgericht. Grundsätzlich besteht an der Rechtmäßigkeit des Gesetzes also kein Zweifel mehr. Doch die Reduzierung der Casino-Zahl kommt nur langsam voran. Zwar verloren die Spielhallen der Stadt schon am 31. Juli 2016 ihre Betriebsgenehmigung. Fast alle haben dann aber umgehend eine neue Lizenz auf Grundlage des neuen Spielhallengesetzes beantragt. Wegen des Abstandsgebotes wird nur ein Bruchteil der Antragsteller damit erfolgreich sein - in ganz Berlin rechnet man mit der Hälfte, in Gebieten mit einer hohen Dichte an Spielcasinos wie Wedding und Moabit sogar mit deutlich weniger. Doch vorerst dürfen die Antragsteller ihre alten Spielhallen provisorisch weiterbetreiben - so lange, bis in einem Losverfahren geklärt wird, wer mit der neuen Betriebserlaubnis weitermachen darf und wer nach einem weiteren halben Jahr Übergangsfrist endgültig schließen muss. Frühestens im Jahr 2018 wird man also erleben können, dass sich das Straßenbild etwa am Weddinger Nettelbeckplatz oder in der Moabiter Stromstraße wieder normalisiert.

# Jede vierte Berliner Spielhalle befindet sich in Mitte

Auch wenn das Berliner Spielhallengesetz gerichtsfest ist, sitzen die Anwälte der Spielhallenbetreiber schon in den Startlöchern, um gegen die Verfahren zu klagen, mit denen Schließungen von Spielhallen durchgesetzt werden sollen – allen voran das Auswahlverfahren per Losentscheid. Diese Losverfahren stehen nach Angaben des Bezirksbürgermeisters in Kürze bevor. »Es ist aber nur der Abschluss eines mehrstufigen Prüfverfahrens, das inzwischen fast abgeschlossen ist«, erklärt Stephan von Dassel. »Dabei ging es uns klar um Sorgfalt vor Schnelligkeit. Zum Beispiel bei der Messung der exakten Abstände zwischen den Hallen, die nach dem Gesetz nicht in Luftlinie, sondern in der tatsächlichen Wegstrecke erfolgen müssen. Oder bei der Prüfung der Zuverlässigkeit der Betreiber, wofür diese etliche Nachweise, Bescheinigungen, Registerauszüge und Konzepte vorlegen mussten, deren Prüfung deutlich mehr Zeit erforderte, als wir ursprünglich dachten. « Mitte ist schon allein wegen der hohen Zahl

an Spielhallen weit stärker in Anspruch genommen als alle anderen Bezirke: Mehr als ein Viertel der knapp 500 Spielcasinos Berlins befinden sich in unserem Bezirk, vor allem im Wedding und in Moabit. Das Losverfahren kann zudem erst dann durchgeführt werden, wenn alle Berliner Bezirke die erforderlichen Prüfungen abgeschlossen haben. Denn die Abstandsregelung gilt über die Bezirksgrenzen hinaus. Ausgelost werden dann nicht einzelne Lizenzen. Statt dessen gilt ein Verfahren, für das die Geoinformatiker der HU Berlin extra ein Programm geschrieben haben: Dabei werden zunächst alle möglichen Varianten ermittelt, die sich in Gebieten ergeben, in denen Spielhallen weniger als 500 Meter auseinanderliegen. Dann werden innerhalb dieser »Inseln« die Varianten ausgewählt, die eine maximale Anzahl von Spielhallen ermöglichen. Nur unter diesen Varianten entscheidet schließlich das Los.

# Ladenlokale inzwischen wieder nachgefragt

Auch Daniel Buchholz, der Sprecher für Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, rechnet damit, dass sich in diesem Sommer entscheidet, wo im kommenden Jahr Spielcasinos schließen müssen. »Ich setze mich gerade dafür ein, dass die Verlosungen für ganz Berlin möglichst zentral am selben Tag und am selben Ort stattfinden, schon um möglichst wenige Angriffsfläche für mögliche Klagen zu bieten.« Der Spandauer Abgeordnete, der sich maßgeblich für das Berliner Spielhallengesetz eingesetzt hat, glaubt, dass die Vermieter der jetzigen Spielhallen keine Schwierigkeiten haben werden, die im kommenden Jahr leer werdenden Ladenlokale anderen Nutzungen zuzuführen: »Die Situation in Berlin unterscheidet sich inzwischen sehr deutlich von der am Ende der 2000er Jahre, als der Spielhallen-Boom über die Stadt hereingebrochen ist und als hier viele Läden leer standen. Heute suchen zum Beispiel überall Kita-Initiativen dringend nach Räumlichkeiten. Und auch Ärzte oder Rechtsanwälte finden nicht mehr so einfach Räume für ihre Praxen und Kanzleien, weil sie durch das Verbot der Zweckentfremdung ja keine Wohnungen mehr nutzen dürfen.«

Auch am Nettelbeckplatz und an der Stromstraße dürften entsprechende Flächen frei werden. Wer Interesse an Ladenlokalen hat, kann ja jetzt schon mal den Kontakt zu den Hauseigentümern oder den Geschäftsstraßenmanagements suchen ... cs



# Lebensmittel locken Nagetiere

Rattenkot auf Spielplätzen gefährdet die Gesundheit der Kinder

»Als ich die vielen Kinder auf dem Spielplatz sah, habe ich sofort die Polizei geholt.« Norbert Schneider von der Stadtteilvertretung Müllerstraße hat nicht lange gefackelt - und damit wahrscheinlich Schlimmeres verhindert. Auf dem »Zeppi« spielten Kinder mit Rattengift an jenem warmen Wochenende Ende März, als der Frühsommer zum ersten Mal im Jahr kurz aufblitzte. Da war das neu gestaltete Spielareal auf dem Weddinger Zeppelinplatz zwar gesperrt wegen »Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen«, wie an den Toren angeheftete Papierzettel in Amtsdeutsch verkündeten - zahlreiche Familien hatten das aber ignoriert und waren über die niedrigen Zäune geklettert. »Da waren eindeutig auch biodeutsche Eltern dabei, die eigentlich verstanden haben müssten, was da auf den Zetteln stand.«

Das Straßen- und Grünflächenamt Mitte berichtete später von aufgerissenen Köderpackungen und verstreuten Giftködern auf dem Spielplatz Der »Zeppi« war erst im vergangenen Sommer nach einer Neugestaltung wiedereröffnet worden. Und, wie das in Berlin so üblich ist: Schon Wochen, bevor die Bauzäune offiziell abgebaut waren, war er bereits in vollem Betrieb - wahrscheinlich war deshalb jetzt die Hemmschwelle abgesenkt, über abgeschlossene Tore zu klet-

Erst die Lebensmittel:

tern. Und die Warnhinweise des Amtes waren alles andere als eindrücklich: schnöde Zettel in Klarsichthülle. Die signalroten Aufkleber mit dem Giftsymbol, die die Schädlingsbekämpfer an ihren Tätigkeitsfeldern eigentlich zurücklassen müssen, suchte man später vergeblich: Offenbar waren sie von irgendwem abgerissen worden.

Immer häufiger müssen Spielplätze in ganz Mitte wegen Rattenbefalls gesperrt werden. Ratten auf Spielplätzen sind eine Gesundheitsgefahr - nicht nur wegen möglicher Rattenbisse, sondern vor allem wegen des Kots und Urins, den die Nager zurücklassen und den dort die Kinder zusammen mit Sand in den Mund stecken können. Körperausscheidungen verteilen zwar etwa auch Vögel. Die halten sich aber kaum in der Kanalisation auf, wo sie mit Fäkalien der Menschen in Kontakt kommen. Ratten auf Spielplätzen werden deshalb bekämpft, Vögel

Umstritten ist, ob das Auslegen von Rattengift tatsächlich eine nachhaltige Wirkung hat. »Ratten werfen mehrmals im Jahr im Schnitt acht bis neun Junge. Deshalb ist der Populationsdruck unter ihnen immer extrem hoch. Leere Rattenbauten werden deshalb meist schon nach kurzer Zeit wieder besiedelt«, erklärt Jonas Flöttoto von der Initiative himmelbeet. Die führt im Quartiersmanagementgebiet Pankstraße seit 2015 das Projekt »Sauberkeit auf Spielplätzen« durch und organisierte dabei im letzten Oktober eine Themenwerkstatt zum Rattenproblem. »Dabei wurde klar, dass das eigentliche Problem die Reste von Lebensmitteln sind, die die Spielplatzbesucher zurücklassen. Die Müllbehälter sind meist zu

Bitte achten Sie auf

Sauberkeit!

Abfall,

klein - schon ein Pizza-Karton reicht ja oft, um sie zu füllen. Dann wird der nächste Karton einfach daneben auf den Boden gelegt. Über die Pizzareste darin fallen dann später die Ratten her.« Geräumige rattensichere Müllbehälter, wie sie etwa die BSR im Mauerpark oder am Alex aufstellt, wären deshalb empfehlenswert – allerdings auch teuer.

Im Rahmen des Quartiersmanagements sind diese nicht zu finanzieren. Im Projekt setzt man aber nicht nur deshalb vor allem auf Aufklärung: Bei regelmäßigen Aufräumaktionen auf einzelnen Spielplätzen sensibilisiert man die Eltern für das Problem. Und zusammen mit Kindern der Erika-Mann-Grundschule will man jetzt Schilder und verständliche Piktogramme entwickeln, die auf den Zusammenhang zwischen der Rattenplage und dem Zurücklassen von Essensresten hinweisen sollen. Ein Vorbild ist dabei die Kampagne von »Stadt und Hund«, die es in den vergangenen 15 bis 20 Jahren geschafft hat, viele Hundehalter dazu zu bringen, die festen Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner selbst zu entsorgen, anstatt sie auf der Straße zurückzulassen. »Wieso sollte das nicht auch bei Nahrungsmittelresten im öffentlichen Raum möglich sein?« fragt Jonas Flötotto.

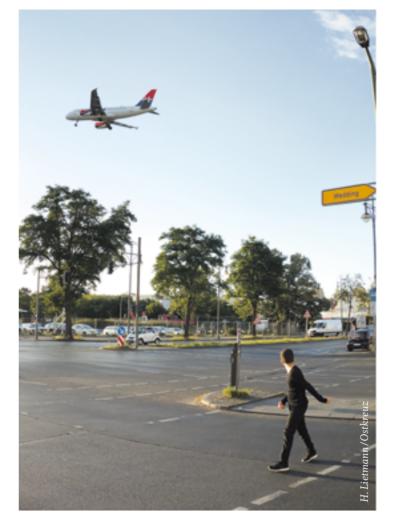
Allerdings wäre dazu ein Vorgehen über die Grenzen des Quartiersmanagementgebiets hinweg erforderlich: Wieso, so fragt man sich, hängen an Berliner Spielplatzzäunen nicht generell Schilder und Plakate, die interkulturell verständlich auf den Zusammenhang von Müll und Ratten aufmerksam machen? Und wo, wenn nicht in Berlin-Mitte mit seiner interkulturellen Vielfalt und seiner gleichzeitig hohen Dichte an »Kreativen« und professionellen Kommunikationsdesignern könnten solche Zeichensysteme besser entwickelt werden?

herauskäme, das im Falle von »Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen« in leichter Sprache und mit gängigen Symbolen auch für Absolventen von Integrationskursen verständlich darauf hinweist, dass in dieser Grünanlage Rattengift ausliegt - auch dann

Selbst wenn dabei erstmal nur ein Schild wäre schon etwas gewonnen.

Lebensmittelverpackungen leere Getränkeflaschen and Essensreste locken Ratten an!

Es gibt bisher noch keine offiziellen Schilder gegen das Füttern von Ratten, dafür aber inoffizielle Hinweise wie hier am Haus der Jugend am Nauener Platz.



# Vom Ku'damm des Nordens ...

»Berlin-Wedding. Das Fotobuch« erscheint Ende Juni

»Sozialer Brennpunkt, Hipster-Bezirk, Melting Pot, altes Westberlin - der Wedding ist ein Abbild der Welt, aber in Miniatur«, so schreiben uns die Autoren: »Und dabei heißt es doch immer, dass das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Milieus und Religionen in Deutschland erst noch erprobt werden muss. In Wedding findet all das längst statt und so lassen sich an seinem Beispiel die großen gesellschaftlichen Fragen, etwa um Migration, Gentrifizierung oder das Arm-Reich-Gefälle erörtern.«

Die Fotografien des Fotobandes erzählen in 16 Serien von Phänomenen, Menschen und Räumen. Das hier vorab veröffentlichte Foto entstammt zum Beispiel der Serie »Die Müllerstraße – Der Ku'damm des Nordens« von Hendrik Lietmann.

Axel Völcker und Julia Boek, bekannt als Herausgeber des Magazins für Alltagskultur »Der Wedding«, haben sie in Zusammenarbeit mit der Fotoagentur Ostkreuz und anderen befreundeten Fotografen in gut einem Jahr zusammengetragen. In einem großformatigen, 200 Seiten starken Hardcover-Fotobuch mit deutsch- und englischsprachigen Texten wird es am 30. Juni im Kerber-Verlag erscheinen.

Entstanden sind fein beobachtete, sozialkritische wie zeitlose Reportagen und Porträts, wie etwa die von Annette Hauschild über den Zusammenhalt am Biertresen in Weddinger Stammkneipen. Oder die von Espen Eichhöfer, der die Black Community in christlichen Kirchen und Kleingärten beobachtete, sowie die Foto-Reportage von Maurice Weiss, der den neuen Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel bei diversen Ortsterminen begleitete.

Das Projekt wird unter anderem durch eine Crowdfunding-Kampagne finanziert. Noch bis Ende kann man es unter www.startnext.com/ weddingbuch unterstützen. Dort kann man das Buch auch vorbestellen.

In der »Galerie Wedding« (im Rathaus Wedding) findet zwischen dem 16. und dem 30. Juni eine Ausstellung mit Fotografien aus dem Buch statt. Die Finissage am 30. Juni ist zugleich die Release-Party für das neue Fotobuch.

# Unfallopfer in der Beuth-Hochschule

Im »Schaufenster Beuth« im Haus Bauwesen der Beuth-Hochschule (Luxemburger Straße 10) präsentiert die Berliner Polizei noch bis zum 13. Juni die Ausstellung »Jeden kann es treffen«. Darin schildern Unfallopfer, Hinterbliebene und Ersthelfer aus ihrer subjektiven Perspektive, wie Verkehrsunfälle ihr Leben verändert haben. Die sehr eindrückliche Ausstellung wurde vor über zehn Jahren von der Berlinerin Ina Kutscher initiiert, nachdem sie selbst zum Unfallopfer wurde, und ist seitdem bundesweit in vielen Städten präsentiert worden. Auch ein Buch dazu ist erschienen, inzwischen in einer überarbeiteten Auflage. Die Polizei-Abschnitte 35 und 36 eröffneten mit der Ausstellung zugleich die bundesweite »Aktionswoche Alkohol 2017« in der Polizeidirektion 3.

# Mein Wedding - zum Vierten

Ab 19. Mai wird der Mittelstreifen der Müllerstraße zum vierten Mal für mehrere Wochen zur Open-Air-Galerie. Die StandortGemeinschaft Müllerstraße wird dort wieder großflächige Plakate präsentieren, deren künstlerische Motive zum Thema »Mein Wedding« passen. Eine Jury hat sie unter zahlreichen Einsendungen ausgewählt. Die Aktion wird aus dem Gebietsfonds des Aktiven Zentrums Müllerstraße gefördert. Die Originale können in verschiedenen Läden und Geschäften rund um die Müllerstraße besichtigt werden. Zur Eröffnungsfeier am 19. Mai um 10 Uhr vor und in der Schiller-Bibliothek sind alle herzlich eingeladen.

# Lange Nacht der Wissenschaften am 24. Juni

Am Samstag, dem 24. Juni, findet wieder die »Lange Nacht der Wissenschaften« statt. Zwischen 17 und 24 Uhr öffnen mehr als 70 wissenschaftliche Einrichtungen in Berlin und Potsdam ihre Türen – auch die Beuth-Hochschule für Technik ist wieder dabei. Allerdings wird es niemand schaffen, sämtliche Einrichtungen zu besuchen – allein in der Beuth-Hochschule dürfte es schwer fallen, alles, was dort angeboten wird, tatsächlich auch wahrzunehmen. Dabei sind noch nicht einmal die Experimente, Vorträge und sonstigen Attraktionen das Beste, was diese Nacht zu bieten hat. Das sind nämlich viel eher noch die Gespräche, die man mit den Vertreterinnen und Vertretern der unterschiedlichsten Fachrichtungen führen kann, die sich dort präsentieren. So erhält man Einblicke, die man sonst nicht gewinnen kann. Es wird garantiert wie-

# Kommt das Knorke wieder?

Bezirksbürgermeister will Mittel beantragen



Dem Leopoldplatz gehen die Probleme nicht aus. Derzeit verschärfen sie sich zum Beispiel am Leopoldcenter (im Foto). Nachdem der dort zuvor aktive Obst- und Gemüsehandel seinen Betrieb eingestellt hat, fehlt ganz offensichtlich das Element an sozialer Kontrolle, das bislang von ihm ausging. Die Atmosphäre am U-Bahn-Eingang hat jedenfalls eindeutig verloren, seitdem dort statt frischem Obst immer offener Drogen angeboten werden. Falls gerade kein Polizeieinsatz stattfindet, reicht es aus, sich kurz mal hinzustellen – und schon sprechen einen die

Offenbar erkennt das auch der Bezirk inzwischen. Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel jedenfalls kündigte beim Besuch der

Stadtteilvertretung mensch.müller am 4. Mai an, bei der Bezirksverordnetenversammlung Mitte künftig Mittel für eine auch stationäre Sozialbetreuung zu beantragen. Derzeit sind Sozialarbeiter auf dem Leopoldplatz lediglich mobil aktiv. Bis vor zwei Jahren gab es daneben auch noch den »Trinkraum Knorke« der evangelischen Nazarethkirchgemeinde, der jedoch ohne öffentliche Förderung mit nur einer halben Sozialarbeiterstelle auskommen musste. Nachdem die Polizei auf dem Außengelände des Sozialprojektes ein Depot mit Heroinkügelchen gefunden hatte, stellte die Gemeinde das Projekt umgehend ein: Das Risiko war dem Gemeindekirchenrat zu groß geworden. Jetzt könnte es möglicherweise sogar in den-

selben Räumen mit einem neuen Träger in anderer Form wieder entstehen. Allerdings frühestens im kommenden Jahr, wenn denn die BVV Mitte im nächsten Doppelhaushalt entsprechende Mittel freigibt.

Die Toilette am Leo-Aufenthaltsbereich, der eigens für die Trinkergruppen mit ihrer aktiven Mithilfe geschaffen wurde, ist unterdessen wieder in Betrieb – mit eigener Rauchmeldeanlage, um dort das Rauchen von Heroin (»Folienrauchen«) zu unterbinden. Ob sich der Bereich auch ohne »Knorke« wieder als Treffpunt der Szene etablieren und so einen gewissen Druck vom vorderen Leopoldplatz wegnehmen kann, wird sich in diesem Sommer erweisen.

AG Kinder und Bildung gegründet

Die von der Stadtteilvertretung mensch.müller neu gegründete »Arbeitsgruppe Kinder und Bildung« trifft sich an jedem zweiten Montag im Monat um 18 Uhr im Vor-Ort-Büro in der Triftstraße 2. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Situation von Kindern und Jugendlichen im Gebiet und der von Schulen, Kitas und Bildungseinrichtungen. Dabei will sie wissen, wo es derzeit hakt: wo etwa die Pflege von Spielplätzen ungenügend ist oder Spielgeräte kaputt sind, was jungen Menschen im Kiez fehlt und, andersherum, wo besonders gute Angebote vorhanden sind, die unterstützt werden sollten. Die Sitzungen der AG sind öffentlich, auch wer kein offizielles Mitglied der Stadtteilvertretung ist, ist herzlich willkommen. Ansprechpartnerin ist Anne Thielen, per Mail ist die AG zu erreichen unter kinbi@stadtteilvertretung. de.

Gemeinschaftsgarten am Centre Francais
Auf dem Parkplatz des Centre Francais de
Berlin in der Müllerstraße 74 hat am 25. März
der Gemeinschaftsgarten des Deutsch-Französischen Kulturprojektes eröffnet. Rund 20
Gärtnerinnen und Gärtner aus der Nachbarschaft haben die ersten Hochbeete und ein
Treibhaus aufgebaut.

Ursprünglich hatte das Centre vor, den Gemeinschaftsgarten auf dem auch von ihm gepflegten Grünbereich mit dem hölzernen Eiffelturm zu errichten. Der ist jedoch zum Teil eine öffentliche Grünanlage, das Straßenund Grünflächenamt des Bezirks Mitte hatte dieser Nutzung nicht zugestimmt.
Nach wie vor werden noch Interessierte gesucht, die Spaß am regelmäßigen gemein-

schaftlichen Gärtnern haben und sich ein-

Kontakt: gaerten@centre-francais.de

bringen wollen.

Stadtteilvertretung ernennt neue Sprecher
Die neu gewählte Stadtteilvertretung mensch.
müller des Aktiven Zentrum Müllerstraße hat
am 4. Mai ihre neuen Sprecher gewählt: Es
sind Peter Arndt, Antje Grimm und Christoph
Keller. Zu stellvertretenden Sprechern bestimmt wurden Thomas Sänger, Juliane
Schnitzer und Yannick Treuner. Zu den Aufgaben des Sprecherteams gehören u.a. die
Teilnahme an Gremien wie dem Sanierungsbeirat des Aktiven Zentrums oder Ausschüssen
der BVV Mitte.

Auf der ersten Sitzung der Stadtteilvertretung am 6. April wurden insgesamt vier Arbeitsgruppen ins Leben gerufen: die AG Kinder und Bildung, die AG Kultur und Öffentlichkeitsarbeit, die AG Öffentlicher Raum und Verkehr sowie die AG Wohnen, Mieten und Soziales.

# Zieht himmelbeet auf den Leopoldplatz?

Gesprächsrunden mit dem Bezirk führen zu zwei Lösungsvarianten

Nach zwei Gesprächsrunden zwischen dem Bezirksamt Mitte, dem Amandla EduFootball e.V. und der Himmelbeet gGmbH zeichnet sich Lösungen für den interkulturellen Gemeinschaftsgarten ab. Danach kann er noch mindestens zwei Sommer auf dem jetzigen Stadnort an der Ecke Ruheplatzstraße und Schulstraße verbleiben. Anschließend zieht er entweder auf den Leopoldplatz oder nutzt eine deutlich kleinere Teilfläche des jetzigen Geländes, weil Amandla dort mit dem Bau seines »Safe-Hubs« beginnen wird.

»Für uns ist es wichtig zu wissen, dass wir mindestens bis Ende Oktober 2018 eine Perspektive auf dem jetzigen Gelände haben«, meint dazu Jonas Flötotto von der himmelbeet gGmbH. »Jetzt wissen wir, was sich noch lohnt zu reparieren und instand zu halten.« Und eineinhalb Jahre müssten auch ausreichen, um einen Umzug auf den Leopoldplatz vorzubereiten.

Seit fünf Jahren liegt dort das Grundstück Schulstraße 118 brach, nachdem der Bezirk die Seniorenfreizeitstätte am Standort wegen Asbestbelastung abreißen ließ. In dem Pavillon war zu Mauerzeiten eine Passierscheinstelle der DDR untergebracht, in der Westberliner ihre Eintrittstickets für den Ostteil der Stadt erwerben konnten.

Das Gelände ist annähernd so groß wie der jetzige Gemeinschaftsgarten. Doch eine konkrete Nutzungsperspektive gibt es bislang nicht, auch nicht als weitere öffentliche Grünfläche auf dem Leopoldplatz. Stattdessen pflegen einige Anwohner ehrenamtlich den Bereich, mit Wissen und Unterstützung des Grünflächenamtes. »Wir müssen allerdings den Umzug auch finanzieren«, beschreibt Jonas Flötotto die Probleme diese Lösungsvariante, »denn dafür haben wir derzeit kein Budget. Zudem bräuchte ein Gemeinschaftsgarten auf dem Leopoldplatz natürlich auch eine Umgrenzung, es müssten Anschlüsse an die Versorgungssysteme gelegt werden usw.« Der Bezirk hat in den Verhandlungen zugesagt, eine Unterstützung des Umzugs zu prüfen.

»Und ich weiß auch nicht, wie die Nachbarschaft am Leopoldplatz reagieren würde, wenn wir dort das Gelände wieder abgrenzen. Auch diese Gespräche werden wir noch führen müssen, beispielsweise am Runden Tisch Leopoldplatz.«

Auf dem Grundstück an der Ruheplatzstraße dagegen will ab Ende 2018 der Verein Amandla EduFootball e.V. einen sogenannten Safe-Hub errichten: ein Bildungszentrum für benachteiligte Kinder und Jugendliche, das mit der Anziehungskraft des Fußballspiels arbeitet. Ähnliche Projekte hat der Verein schon in Südafrika realisiert, unterstützt wird er dabei von dem ehemaligen Nationaltorwart Oliver Kahn. Dem Amandla EduFootball e.V. war der Platz vom Bezirk Mitte angeboten worden. Dort könnte himmelbeet in einer weiteren Variante alternativ nach Baubeginn auch eine Teilfläche weiter nutzen, der allerdings schattig ist und keine guten Bedingungen für einen Garten bietet. Auf dem Sportplatz zwischen dem Gelände und der Musik- bzw. der Volkshochschule soll später eine Mehrfachsporthalle errichtet werden. Nach der derzeitigen Planung würde der Bau aber frühestens 2025 beginnen. Ob auf dem Dach dieser Sporthalle künftig gegärtnert werden soll, ist weiterhin offen, spielt aber für die Lösung des derzeitigen Konfliktes auch keine Rolle.

Bis zum 31. Juli will das Bezirksamt einen formellen Beschluss zu diesen beiden Lösungsvarianten vorbereiten. Dabei soll auch geprüft werden, inwieweit von Fördergebern Mittel zur Unterstützung von Amandla bzw himmelbeet bereitgestellt werden können. Das aktuelle Gelände von himmelbeet liegt knapp außerhalb des Sanierungsgebiets Müllerstraße und innerhalb der Grenzen des Quartiersmanagementgebiets Pankstraße. Die Schulstraße 118 liegt in beiden Gebieten, für deren Entwicklung besondere städtebauliche Förderprogramme des Bundes und des Landes bereit stehen: »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« im Sanierungsgebiet sowie »Soziale Stadt« im QM-Gebiet. Auf besonderes Interesse auf Seiten des Bundes sind die Projekte bereits gestoßen. So plant das Bundesinstitut für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, sie als Modellvorhaben im Rahmen seines Forschungsfeldes »Green Urban Labs« zu fördern. Der Bezirk hat zugesagt, einen entsprechenden Antrag fristgerecht stellen. Dadurch könnten insgesamt 150.000 Euro für die weitere Konzeptentwicklung und die operative Durchführung bereitgestellt



Yoga und Alphorn auf dem Dach des Karstadt Müllerstraße: Die »Unverblümt Kulturexpedition« hatte am 29. April diesen Event veranstaltet, anschließend ging es zum Boule-Spielen auf den Leopoldplatz.





Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

Veranstaltungsorte

Müllerstraße

ProgrammkulisseAktives Stadtzentrum

**– –** Sanierungsgebietsgrenze

# Adressen

<u>Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,</u> Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin (030) 90 18-446 00 baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

# <u>Stadtentwicklungsamt,</u> Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin Fachbereichsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106, (030) 90 18-458 46 stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

# <u>Vorbereitende Bauleitplanung,</u> Städtebauförderung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet
Müllerstraße

René Plessow (030) 9018 45409 rene.plessow@ba-mitte.berlin.de Claudia Jahns (030) 9018 45463 claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

## Prozessmanagement

Jahn, Mack und Partner Alt Moabit 73, 10555 Berlin Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28 Tanja Claußnitzer (030) 85 75 77 26 muellerstrasse@jahn-mack.de www.jahn-mack.de

# Geschäftsstraßenmanagement

Planergemeinschaft Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin (030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32 Gabriele Isenberg-Holm g.isenberg@planergemeinschaft.de Winfried Pichierri w.pichierri@planergemeinschaft.de www.planergemeinschaft.de

### Stadtteilvertretung Müllerstraße

Sprecher: Peter Arndt, Antje Grimm und Christoph Keller
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im Monat, 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94 menschmueller@stadtteilvertretung.de www.stadtteilvertretung.de Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

# $\underline{StandortGemeinschaft\ M\"{u}llerstraße}$

c/o Steuerberatung bpw Müllerstraße 138b, 13353 Berlin info@muellerstrasse-wedding.de www.muellerstrasse-wedding.de

### Runder Tisch Leopoldplatz

Thorsten Haas, Präventionsrat Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin (030) 90 18-32570

### Quartiersmanagement Pankstraße

Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin (030) 74 74 63 47 qm-pank@list-gmbh.de www.pankstrasse-quartier.de

### Runder Tisch Sprengelkiez

Sprengelstraße 15, 13353 Berlin (030) 20 06 78 85 info@runder-tisch-sprengelkiez.de www.runder-tisch-sprengelkiez.de

# Mieterberatung Wedding

für Bewohner der Milieuschutzgebiete Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr Vor-Ort-Büro Triftstraße 2











